

176/AE

der Abgeordneteu Dr. Grollitsch, Dr. Krüger, Edith Haller, Dr. Graf und Kollegen betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der vom Strukturanpassungsgesetz zum Familienlastenausgleichsgesetz massiv betroffenen Studenten

Das "Sparpaket" der Koalitionsparteien belastet u.a. insbesondere Studenten, die vor der Beschlußfassung der Strukturanpassung zum Familienlastenausgleichsgesetz ein Studium begonnen haben in zweierlei Hinsicht.

Zum einen sehen sich die Studierenden mit finanziellen Einbußen wie Beschränkung der Auszahlung der Familienbeihilfe auf die Mindeststudiendauer zuzüglich zwei Semester oder Abschaffung der Freifahrt konfrontiert, zum anderen wird ein von derartigen Maßnahmen eventuell ausgehender Anreiz zur Studiendauerverkürzung dadurch vereitelt, daß auf seiten der Lehre massive Einschnitte und finanzielle Kürzungen vorgenommen werden.

Um zu verhindern, daß es den betroffenen Studenten, die ihr Studium unter bestimmten gesetzlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen an den österreichischen Universitäten und Kunsthochschulen begonnen haben, aufgrund der Kürzungen bei Lehrveranstaltungen unmöglich gemacht wird, ihr Studium in der vorgeschriebenen Mindestdauer abzuschließen, stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

#### ENTSCHLIESSUNGSANTRAG :

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie wird aufgefordert, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wissenschaft Forschung und Kunst Maßnahmen zu setzen, die ein Inkrafttreten der relevanten Teile des Strukturanpassungsgesetzes zum Familienlastenausgleichsgesetz solange hintanhaltend, bis das Vorhandensein der infrastrukturellen und sonstigen universitären Voraussetzungen zur Absolvierung der Studien an den österreichischen Universitäten und Kunsthochschulen innerhalb der vorgeschriebenen Mindeststudiendauer nachgewiesen werden kann.

In formaler Hinsicht wird die Zuweisung an den Familienausschuß verlangt.